

Abstract

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzten sich die Gegner des Nationalsozialismus für die Würdigung ihrer Taten und die Entschädigung ihres Leids ein. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, gründeten politisch, religiös und rassistisch Verfolgte des Nationalsozialismus die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Im beginnenden Kalten Krieg gelang es jedoch nicht, den überparteilichen Charakter der Vereinigung aufrechtzuerhalten. Die Folge war eine Abspaltung verschiedener politischer Gruppen von der VVN in neue parteinahe Organisationen.

Gegenstand dieser Arbeit sind die drei größten Opferverbände: die VVN, in der sich nach den Abspaltungen überwiegend kommunistische Verfolgte befanden, die Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS), die als Gründung der SPD alle sozialdemokratischen Verfolgten organisieren sollte, und der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) beziehungsweise der Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen (ZDWV), denen bis zum Ende der 1960er-Jahre vornehmlich bürgerliche Verfolgte angehörten.

Neben einer generellen Darstellung der Geschichte der Verbände behandelt die Arbeit vor allem wichtige Fragen des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik: Inwieweit nahmen die Verbände Einfluss auf die Erinnerungskultur? Welchen Anteil hatten sie an der juristischen Aufarbeitung und der materiellen Entschädigung? Wie sahen die Intentionen und die Selbstdarstellungen der Verbände aus? Welche Formen der Instrumentalisierung durch Politik und andere Organisationen existierten und welche Erfolge hatten diese?